



Betreff: Ablehnung von Nominierungen für den Wissenschaftsrat

Sehr geehrter Herr Premierminister Suga,

die Gesellschaft für Japanforschung e.V. als größter Interessenverband der Japanforschung im deutschsprachigen Raum möchte hiermit ihr Unbehagen und Unverständnis gegenüber Ihrer Ablehnung der Ernennung von sechs WissenschaftlerInnen in den japanischen Wissenschaftsrat (Nihon Gakujutsu Kaigi) mit Nachdruck aussprechen. Die Ablehnung von KandidatInnen für den japanischen Wissenschaftsrat ist ein Eingriff von Seiten der Politik in die akademische Freiheit unserer KollegInnen in Japan und beschädigt eine transparente, freie und forschungsorientierte Debatte zwischen Wissenschaft und Politik.

Am 28.9.2020 haben Sie, Herr Premierminister, sechs KandidatInnen aus einer Liste von 105 nominierten Wissenschaftlern abgelehnt. Damit haben Sie mit dem seit Ihrem Amtsvorgänger Premierminister Nakasone Yasuhiro mit dem Verweis auf die Autonomie der Wissenschaft begründeten formalen Vorgehen der Ernennung aller durch den Rat vorgeschlagenen KandidatInnen ohne Angabe von Gründen gebrochen.

Diese WissenschaftlerInnen sind Ozawa Yuichi, Medizinische Fakultät an der Jikei Universität; Okada Masanori, Graduiertenschule für Rechtswissenschaften, Waseda Universität; Matsumiya Takaaki, Rechtswissenschaften, Ritsumeikan Universität; Uno Shigeki, Sozialwissenschaftliches Institut, Universität Tokyo; Kato Yoko, Graduiertenschule für Kultur- und Sozialwissenschaften, Universität Tokyo; Ashina Sadamichi, Geisteswissenschaftliche Fakultät, Universität Kyoto.

Mehrere der abgelehnten KandidatInnen haben sich in der Vergangenheit in der Öffentlichkeit kritisch über die Politik des Kabinetts Abe geäußert. Obwohl Sie, Herr Premierminister Suga, eine politische Motivation bislang abgestritten haben, ist bekannt, dass Sie über die zu streichenden KandidatInnen informiert waren (*Asahi Shinbun*, 13.10.2020).

Die einseitige Intervention Ihres Kabinetts in die Freiheit der Forschung und Lehre ist von vielen Vertretern der WissenschaftlerInnen in Japan und im Ausland kritisiert worden. Am 13.10.2020 wurde ein Protestschreiben mit über 140 000

Vorstand:

Vorsitz

Prof. Dr. Evelyn Schulz
Japan-Zentrum
LMU München
Oettingenstr. 67
80538 München

Prof. Dr. Urs Matthias Zachmann
Freie Universität Berlin
Institut für Japanologie
Hittorfstr. 18
14195 Berlin

Schatzmeister

Prof. Dr. Andreas Regelsberger
Universität Trier
Fachbereich II
Japanologie
54286 Trier

Beisitz

MA Melissa Ann Kaul
Universität Zürich
Asien-Orient-Institut
Rämistrasse 59
8001 Zürich, Schweiz

Prof. Dr. Till Knautd
Kyoto University
Institute for Research in Humanities
Yoshida-honmachi, Sakyo-ku,
Kyoto 606-8501, Japan

Dr. Cosima Wagner
Freie Universität Berlin
Campusbibliothek
Fabeckstr. 23–25
14195 Berlin



Unterschriften von Furukawa Takahisa (Nihon Universität) und Suzuki Jun (Universität Tokyo) eingereicht. Am 14.10.2020 hat der Physik-Nobelpreisträger Masukawa Toshihide ebenfalls gegen die Streichung der KandidatInnen für den Wissenschaftsrat protestiert.

Bis heute haben weder Sie, Herr Premierminister, noch Mitglieder Ihres Kabinetts, angemessen auf die Vorwürfe reagiert. Stattdessen wurde der Wille zu einer „Reform“ des Wissenschaftsrates geäußert, die begleitet wurde von der indirekten Drohung, dass der jetzige Wissenschaftsrat möglicherweise Steuergelder verschwende. Diese Haltung schadet nicht nur dem Ansehen des japanischen Wissenschaftsrats im In- und Ausland, sondern ist einer transparenten, gleichberechtigten und ergebnisorientierten Debatte zwischen WissenschaftlerInnen und den auf Zeit gewählten VolksvertreterInnen nicht zuträglich.

Das Vorgehen der japanischen Regierung im Jahr der Corona-Pandemie ist zweifellos Anlass zur Sorge. Nicht nur in Japan, auch in anderen Ländern müssen sich die gewählten VolksvertreterInnen fragen, ob die Besetzung von Wissenschaftsräten durch politisch opportune KandidatInnen ein geeignetes Mittel zu einer wissenschaftlich begründeten Krisenbewältigung ist. Wissenschaftliche Erkenntnisse, auch in zurzeit sehr kritischen Bereichen wie der Humanmedizin oder Biologie, werden nicht durch politisch opportune Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler erzeugt, sondern durch die offene Debatte zwischen KollegInnen. Politisch motivierte Pseudowissenschaft führt im schlimmsten Falle zu mehr Todesopfern in der Bevölkerung.

In Anbetracht einer weltweiten Krise, die nicht zuletzt in einigen Ländern in die Abnahme des Vertrauens in die Wissenschaft geführt hat, möchte die Gesellschaft für Japanforschung e.V. Sie, Herrn Premierminister, bitten — vor allem im Hinblick auf die Wahrung der durch die Verfassung garantierten akademischen Freiheit — die Ablehnung der KandidatInnen für den Wissenschaftsrat zu überdenken und Sie um die Einhaltung transparenter und sachlicher Standards in der zukünftigen Besetzungspraxis des Rates zu ersuchen.

Eine gleichlautende Erklärung haben wir auf den Webseiten unserer Gesellschaft publiziert.

Für den Vorstand der Gesellschaft für Japanforschung e.V.

Mit freundlichen Grüßen

(Prof. Dr. Evelyn Schulz, Co-Vorsitzende der GJF e.V.)

München, 23. Oktober 2020